

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Kämmerer, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger,

zu Beginn meiner Ausführungen spreche ich im Namen der UWE-Fraktion der Verwaltung, bes. dem Bürgermeister sowie Frau Hanke und Herrn Fricke in der Kämmerei, meinen Dank aus. Sie haben in den letzten Wochen und Monaten, in denen der Haushalt beraten wurde, wirklich gute Arbeit geleistet, mit Rat zur Seite gestanden und uns zugearbeitet. Dies geschah mit viel Sachverstand und auf partnerschaftlicher Basis.

Einige persönliche Anmerkungen möchte ich meinen Worten voranstellen: Verwaltung und Politik sitzen in einem Boot. Deshalb ist es nicht zielführend, wenn zeitweise der Eindruck entstehen musste: Die Verwaltung ist der Gegner. Umgangsweise und Umgangston aus einer bestimmten politischen Richtung waren kontraproduktiv und tw. nicht akzeptabel. So haben es jedenfalls einige Kolleginnen und Kollegen empfunden. Diese Erfahrung hat völlig unnötig eine negative atmosphärische Stimmung erzeugt, die uns in Sachfragen nicht weiterbrachte. (sachliche Kritik)

Ich könnte die Ausführungen zum Haushalt der letzten Jahre aus der Schublade holen, da sich Vieles wiederholt. Es gibt etwas in Extertal, und darauf ist Verlass: Regelmäßige Hiobsbotschaften. Als wir vor dem Doppelhaushalt die Grundsteuern und dann wenig später auch die Gewerbesteuer anhoben, besser gesagt, anheben mussten, hatten wir noch die Hoffnung, 2014 mit einem Plus abzuschließen. Wir wissen: Das ist bereits überholt. Wir werden mit einem - wenn auch wahrscheinlich geringen - Minus (Dez. 14 / ca. - 300000 €) abschließen. Als Ende November klar war, dass sich 2015 ein Defizit in Höhe von 800000 € auftut, mussten wir erneut handeln. Wir haben uns zu der total unpopulären Maßnahme entschieden, die Abwassergebühren anzuheben - weil wir mit dem Rücken zur Wand standen. War das

der Griff nach dem Strohalm oder nach dem rettenden Anker? Ich weiß es nicht. Die finanziellen Aussichten der Kommunen sind alles andere als rosig, da stehen wir nicht allein. Bereits seit Jahren vertrete ich die Auffassung: Wir benötigen Entlastung durch Bund und Land, eine Neuordnung der Finanzbeziehungen, die über die Jahre in eine totale Schieflage geraten sind, um wieder Luft zum Atmen zu bekommen.

Ein Blick auf Straßen, unsere in die Jahre gekommenen Schulgebäude, Infrastruktur und Pflichtaufgaben zeigt, dass trotz Gebühren- und Steuererhöhungen, trotz Streichungen vieler freiwilliger Leistungen, unsere Finanzausstattung weiterhin nicht ausreichen wird.

Die Haushaltsberatungen haben sich in die Länge gezogen: Mehr als 5 Monate. Es gab viele - m.E. auch überzogene - Anfragen an die Verwaltung, der von einzelnen ein wahres Beschäftigungsprogramm aufgebürdet wurde. Nun sollte man meinen, daraus ist ein enormer Erkenntnisgewinn entstanden, am Ende steht ein Patentrezept, die große Lösung. Nein - weit gefehlt. Der große Wurf ist bei all den Anträgen und Vorschlägen nicht herausgekommen. Ich schließe unsere Fraktion ausdrücklich mit ein. Wir haben ernsthaft diskutiert und überlegt, aber ein wegweisendes Konzept haben wir nicht aus dem Hut zaubern können.

Welche Möglichkeiten gab es nach der Sitzung am 22.12., in der wir den Haushaltsausgleich für 2015 mit Hilfe der Gebührenerhöhung erzielt haben?

1. zurücklehnen und nichts tun; das wäre verantwortungslos
2. eine konsequente Streichung der letzten noch freiwilligen Leistungen (Bäder, Musikschule, OGS, Zuschüsse an Vereine, Büchereien, um nur einige Positionen zu nennen); das wäre ein Schlag ins Gesicht der vielen ehrenamtlich Tätigen, eine Zerschlagung über Jahre gewachsener Strukturen, ein Verlust an Lebensqualität und Attraktivität in unserer Gemeinde; das ist mit

uns nicht zu machen und wird es auch in Zukunft nicht mit uns geben - selbst mit solch rigorosen Maßnahmen hätten wir das Defizit 2015 auch nicht gänzlich beseitigen können; außerdem sind wir keine Propheten und wissen nicht, ob uns dieser Weg zukünftig vor weiteren Turbulenzen in der finanziellen Entwicklung unserer Gemeinde bewahren kann.

3. eine moderate, verantwortungsvolle und vernünftige Reduzierung und Anpassung der Haushaltsansätze in verschiedenen Bereichen - dieser Weg soll heute nun beschrritten werden. Jeder muss alles in seine innere Waagschale werfen und schauen, ob vor dem eigenen Gewissen eine Zustimmung oder eher Ablehnung des Haushaltes erfolgen muss. Wir werden nach der Haushaltsverabschiedung weiter beraten: Entscheidungen zu Strukturen in unserer Gemeinde sollen getroffen, Anpassungen aufgrund der demographischen Entwicklung vorgenommen werden. Unsere Fraktion wird konstruktiv an dem Entscheidungsprozess mitwirken. Wir schauen genau hin und nehmen dann eine Bewertung vor: Nachhaltigkeit, ehrenamtliches Engagement, soziale und infrastrukturelle Notwendigkeiten, Lebensqualität und Familienfreundlichkeit für die Bürger sind für uns ganz oben stehende Ratgeber.

4. Es gibt noch eine weitere Option: Mehr Druck auf die anderen politischen Ebenen ausüben - keine Rücksicht auf die eigenen Parteifreunde in Kreis, Land und Bund nehmen. Es reicht nicht aus, wenn man - wie in einer Verbandsversammlung der VHS ausgesprochen - die „eigenen Leute“ wg. der unzureichenden Finanzausstattung ´mal eben (ich ergänze: beim Bier) anspricht, da muss mehr kommen.

Politiker in Extertal machen Fehler und haben sie in der Vergangenheit gemacht. Die eingeschlagene Richtung stimmt jedoch m.E. - Rathaus, Nordstraße, Leader und ISEK waren nicht unumstritten, aber sie wurden von einer deutlichen Mehrheit im Gemeinderat getragen. Ich sage: Das waren vernünftige Entscheidungen, die unsere Gemeinde nach vorne gebracht haben

und die nicht ursächlich für unsere Finanzprobleme verantwortlich sind. Unser Schuldenberg ist kleiner geworden, die langfristigen Investitionskredite konnten in den letzten 10 Jahren um ca. 5 Mill. reduziert werden, die Kassenkredite / Liquiditätskredite haben sich allerdings stark erhöht.

Klar, unsere finanzielle Lage bleibt prekär. Meine These: Wenn nicht etwas Grundlegendes geschieht, dann dürfte wirklich kaum eine Kommune am Ende noch lebenswert sein. Die kommunale Selbstverwaltung - ein wichtiger Teil unserer Demokratie - ist angesichts der Finanzausstattung von Bund und Ländern in Gefahr.

Erst vor kurzem waren etliche Bürgermeister und Kämmerer in Berlin und haben ihr Leid geklagt. Dort werden Entscheidungen getroffen und Gesetze gemacht, die Finanzlast tragen zum großen Teil die Kommunen. Wo bleibt die Gerechtigkeit? Ein Beispiel sind die Asylkosten:

Wohlgemerkt! Ich will kein Öl ins Feuer gießen und kein Missverständnis aufkommen lassen, es muss aber gesagt werden: Unsere Fraktion heißt die Flüchtlinge in unserer Gemeinde herzlich willkommen, wir finden es aber gänzlich ungerecht, dass wir derzeit deutlich über 50 % der Kosten selbst tragen müssen. Was ist das für eine Politik, die die Musik bestellt und andere bezahlen lässt? Wo bleibt die Einhaltung des Konnexitätsprinzips? Die Hilfen, die wir manchmal sporadisch erhalten, decken noch nicht einmal den Kostenanstieg. Viele Politiker, Bürgermeister und Kämmerer beklagen diese Mechanismen schon lange. Die Kommunen werden kritisiert, weil sie sich vielleicht noch Bäder, Musikschulen, Büchereien, erlauben, doch Kosten verursachen vor allem die Sozialleistungen, die in Bundesrat und Bundestag beschlossen wurden und werden.

In den letzten Tagen und Wochen scheint Bewegung in das Thema gekommen zu sein. Man hört, es gäbe Geld vom Bund. Schön zu hören, ich habe nichts dagegen. Warten wir ´mal ab, was unter dem Strich dabei herauskommt. Ich mache einen weiteren Vorschlag: Statt der „sporadischen“ Geldspritzen des Bundes gäbe

es eine ganz andere Medizin. Ein erhöhter Anteil an der Umsatzsteuer. Das ist der Weg, den das Grundgesetz für solche Fälle eigentlich auch vorsieht. Verändern sich die Aufgaben für Bund, Länder oder Kommunen, sollte der Schlüssel zur Verteilung der Steuereinnahmen entsprechend angepasst werden, kurz: Mehr Aufgaben für die Kommunen bedeuten mehr Anteile an der Steuer. Die Gesetze dafür werden allerdings nicht in den Landtagen gemacht, die für die Kommunen und deren Finanzausstattung verantwortlich sind, sondern im Bundestag und im Bundesrat. In dieser Finanz-Misere schieben sich Bund, Land und auch Kreis die Schuld gegenseitig zu. Das hilft den Kommunen nicht.

Nach der Haushaltsverabschiedung sollen die Beratungen kurzfristig fortgesetzt werden. Strukturen überprüfen heißt das Schlagwort. Ohne weiteres und vielleicht auch zusätzliches ehrenamtliches Engagement wird es in Zukunft nicht gehen. In den Meinungsbildungsprozess müssen Bürgerinnen und Bürger als wichtigste Akteure vor Ort mit einbezogen werden. Wenn Entscheidungen anstehen, gilt es zu bedenken, dass wir niemanden überfordern und damit die Motivation ausbremsen. Folgewirkungen müssen bedacht werden, die Lebensqualität darf nicht auf der Strecke bleiben. Deshalb: Aufpassen und bitte mit Augenmaß!

Ich bin von Haus aus Optimist. Trotzdem sage ich: Lasst uns keinen Sand in die Augen streuen - wenn wir an die Strukturen herangehen, bleibt die Ungewissheit, ob wir es alleine damit schaffen. Mit dieser Strategie können wir m.E. den Haushalt nicht sanieren. Ich sage schon einmal in Richtung der Bürgerinnen und Bürger, über welche Themen und Punkte u.a. nachgedacht und beraten wird:

- Extertaler Bäder, Musikschule (Aufgabe oder Reduzierung?)
- VHS (Austritt aus dem Zweckverband und damit Auflösen der

VHS?)

- Dorfgemeinschaftshäuser und Sportstätten (Schließung und gänzlich in die Handlungs- und Finanzverantwortung der Vereine legen?)
- Feuerwehr / Löschruppen (Anschaffungen / Auflösen in einigen Ortsteilen?)
- Zuschüsse an Vereine (bescheiden / streichen?)
- Hallenbenutzungsgebühren (Erhöhung?)
- Friedhöfe (Schließung?)

Eine Bitte: In den letzten Monaten haben wir als Kommunalpolitiker viele Anfeindungen und verletzende Worte wg. verschiedener Entscheidungen erfahren, natürlich gab es auch Verständnis. Bürgerinnen und Bürger müssen nicht von allen Entscheidungen begeistert sein. Kritik und Politikerschelte sind erwünscht. Man muss sich jedoch hinterher noch in die Augen schauen können.

Mein Appell: Nicht gegen alles sein, alles zerreden. Es gibt trotz allem viele Pluspunkte für unsere Dörfer: Lasst uns das weitersagen! Perspektiven gibt es nur, wenn das Leben auf den Dörfern lebenswert bleibt: Günstiger Wohnraum, gesundheitsfördernde Natur, überschaubare Gemeinschaft, gute Nachbarschaft, Kindergärten und Schulen, eine noch intakte Ärztestruktur, attraktive Freizeitmöglichkeiten, Nahversorgung, Vereinsangebote und ausreichende Verkehrsverbindungen

Versprechungen zu machen ist in der jetzigen Zeit unredlich. Ich sage aber: Sollten sich die Finanzen wirklich positiv entwickeln und sich Entlastungsspielräume ergeben, dann darf es bei der weiteren Diskussion um die Steuerhöhe kein Tabu geben (bes. Gewerbesteuer). Warum sollten wir dann nicht ernsthaft darüber beraten, dem Bürger wieder etwas zurückzugeben?

Abschließend: Ich hatte bereits einmal vorgeschlagen, alle verantwortlichen lippischen Landes- und Bundespolitiker in

unsere Gemeinde einzuladen und am runden Tisch mit ihnen zu diskutieren. Den Grund dafür habe ich in meinen Ausführungen genannt. Ich sage: Anpacken! Darüber hinaus mache ich den Vorschlag - wenn wir über Strukturen sprechen - in einer weiteren Gesprächsrunde jeweils 2 Bürgerinnen und Bürger aus jedem Dorf unserer Gemeinde zum Austausch einzuladen (neben den natürlich unabdingbaren Gesprächen zwischen Politik, Verwaltung, Bürgern, Vereinen und Interessengruppen, wenn es um die Strukturen geht) - vielleicht ein kleiner Beitrag zur Verbesserung der atmosphärischen Stimmung, verbunden mit der Möglichkeit, Impulse für die Ratsarbeit zu erhalten und verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Unsere Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.
Es gilt das gesprochene Wort.